

“Das Dilemma der philippinischen Außenbeziehungen”

BISIG Konferenz vom 4.-7. November 1989 in Den Haag

Der philippinische “Verband zur Förderung von Sozialismus in Programm und Aktion” (BISIG) in den Niederlanden hatte prominente Persönlichkeiten für eine Tagung zu der Frage der Außenbeziehungen der Philippinen engagiert: Frau Solita Monsod, die im Mai 1989 zurückgetretene Entwicklungsministerin; Frau Karina David, ehemalige Vize-Sozialministerin und Promotorin von regierungsunabhängigen Entwicklungsorganisationen; Alexandro Magno, Ko-Direktor des Third World Studies Center in Manila und Joel Rocamora, Ko-Direktor des Transnationalen Institutes in Amsterdam. Die etwa 100 Teilnehmer waren zur Hälfte Philippinos und stammten aus ganz Europa.

BISIG ist in Manila auf dem Höhepunkt der Volkserhebung gegen die Marcos-Diktatur vom Third World Studies Center zur Koordination und Orientierung der Erhebung gegründet worden und bemüht sich jetzt um eine “Sozialistische Demokratie” als Alternative zur kapitalistischen Entwicklung unter Präsidentin Aquino.

Die Thematik, die man zu anderen Zeiten “anti-imperialistischen Kampf” genannt hätte, entwickelte durch die Beiträge und Kontroversen eine eigenständige Dynamik um drei Fragestellungen:

- Die Situation der philippinischen Wirtschaft unter Cory Aquino;
- Die politischen Implikationen des “Mini-Marshall-Plans” (Philippine Assistance Plan - PAP)
- Die Rolle der regierungsunabhängigen Organisationen (NRO) für die Entwicklung des Landes.

Die Wirtschaft unter Cory Aquino

Die Wirtschaft hat 1987 ein Wachstum von 5% und 1988 von 6,7% erreicht. Das ist Monsods großer Stolz. Sie würde 1989 wiederum 6,5% erreichen, wenn die “Manipulation” durch den “Marshall-Plan” unterbleiben würde, meinte sie. Somit sind höchstens 4,8% zu erwarten. Aber das Anwachsen des BSP sagt noch nichts über die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards aus. Das Pro-Kopf-Einkommen der oberen 30% beträgt 3.700 Pesos pro Jahr, der unteren 70% der Bevölkerung jedoch nur 830 Pesos. Die Armutsschwelle soll laut Monsod in den letzten drei Jahren um 10%, von 59% auf 49%, gesunken sein. Cory Aquino hat Kritikern entgegengehalten, daß

diese 10% der Bevölkerung noch nicht begriffen hat, daß sie nicht mehr zu den Ärmsten gehören. Statistiken produzieren ihre eigene Ironie! Was Fragen der Sozialstruktur für ihr Entwicklungskonzept betrifft, hat Monsod nur den “Sickereffekt” (trickling down) anzubieten. Die Lebenshaltungskosten sind ständig angestiegen. Im Oktober betrug die Inflationsrate 13,4%, bis Ende des Jahres wird sie 18% betragen. Ironischerweise ist die Lebenserwartung von Frauen, die immer die höchste des Landes gewesen ist, unter Präsidentin Aquino von 66 auf 65 Jahre gesunken. Und das ist wiederum eine akademische Durchschnittsstatistik!

“Die Wirtschaft ist völlig von Auslandskrediten abhängig und ganz in der Hand der Gläubiger” (Magno). Der Nettokapitalabfluß betrug in den Jahren 1986-88 insgesamt 6 Milliarden US\$ und wird 1989-92 nochmal 6,3 Milliarden US\$ betragen. “Die Entwicklung des Landes gleicht einem Schwimmer, dem ein Arm auf dem Rücken festgebunden ist.” (Monsod) Sie beklagte die Geschäftsunfähigkeit der Aquino Administration, weil sie den Rückfluß nicht als Druckmittel für die beantragten 1,7 Milliarden US\$ Kredite für 1989-90 einsetzt.

Die Art des Umgang mit der Schuldenfrage, die bedingungslose Anerkennung aller Marcos-Schulden und die Unterwerfung des Nationalen Entwicklungsplans MEP unter die Bedingungen des IWF waren für sie der Hauptgrund, das Aquino-Kabinett im Mai 1989 zu verlassen, nicht die Politik des “freien Unternehmertums” ohne soziale Auflagen. Sie hat sich im Gegensatz zu den Bankiers im Kabinett José Fernandez und Vincente Jayme gegen das Übergewicht der Industrieförderung und für die Entwicklung der Landwirtschaft eingesetzt, jedoch nicht für die Landreform oder eine soziale Absicherung der Landarbeiter.

Die politischen Implikationen des “Mini-Marshall-Plans”

Die bisherige Wirtschaftsplanung wurde mit der Einführung des “Mini Marshall Plans” Anfang 1989 durchkreuzt. Die Nationale Planungsbehörde NEDA von Solita Monsod ist durch die Einsetzung der Kommission für Öffentliche Entwicklungshilfe CODA praktisch abgelöst worden, die von der Weltbank geleitet wird und alle Entwicklungsgelder kontrolliert. Auf Betreiben der Weltbank fand Anfang Juli 1989 in Tokyo die erste “Marshall-

Plan-Konferenz” unter Beteiligung von 19 Ländern und sechs multilateralen Entwicklungsinstitutionen statt, auf der ein Startkapital von 3,5 Mrd. US\$ Hilfsgelder vereinbart wurde. Die Pacht der USA für ihre Militärstützpunkte auf den Philippinen, für 1990 insgesamt 481 Mio. US\$, sind fester Bestandteil des “Marshall-Plans”. Der auf drei Jahre ausgelegte Plan in Gesamthöhe von zehn Milliarden US\$ reicht über den Ablauf der Stützpunktverträge von 1991 hinaus. Damit sichern sich die USA über die Kontrolle der internationalen Entwicklungsgelder ihre Militärstützpunkte auf den Philippinen. Die Finanzschwäche der USA, die sich mit nur 200 Mio. US\$ an der Finanzierung beteiligen, wird durch die Hilfsbeiträge vor allem aus Japan (1,6 Mrd. US\$) und Europa ausgeglichen: Italien (270 Mio. US\$), Spanien (65 Mio. US\$), Bundesrepublik Deutschland (57,4 Mio. US\$) und Frankreich (57 Mio. US\$). Auffällig ist die hohe Beteiligung von Spanien und Italien, die neuerdings stark auf den internationalen Waffenmarkt drängen und bereits Anfang 1989 Kampfflugzeuge an das philippinische Militär geliefert haben. Trotz Geheimhaltung der Gesamtstrategie ist bekannt geworden, daß die US Stützpunkte als Basis für die Zerschlagung der Aufstandsbewegung auf dem Lande und als Garantie für eine Ent-

wicklung im Interesse der Wirtschaftsmächte unter Kontrolle dienen sollen.

Auch die Bundesregierung hat die “Entwicklungszusammenarbeit” mit den Philippinen ganz unverhohlen an der eigenen Wirtschaftsexpansion ausgerichtet: “Die Regierung der Bundesregierung wird dafür sorgen, das Interesse an der Versorgung mit Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft mit den Interessen der Entwicklungsländer in Einklang zu bringen, so daß ihre Exporte gesteigert werden und ihre Rohstoffindustrie expandiert.” (zitiert nach Magno) Das Entwicklungsministerium hat sich auf den Philippinen von der Finanzierung von Einzelprojekten auf “Strukturmaßnahmen in bestimmten Sektoren” verlegt, nämlich auf den Ausbau des Transport-, Verkehrs- und Nachrichtenwesens. In dem Zusammenhang sind Maßnahmen zur Erschließung des Landes zu verstehen, wie ein Kartographie, Photometrie und Prospektionsprojekt im Werte von 8,2 Millionen US\$ oder das umstrittene Bondoc Infrastrukturprojekt in Höhe von 30 Millionen DM, das außerdem der Zerschlagung der Guerilla im Einzugsbereich von Manila dient.

Die Rolle der regierungsunabhängigen Organisationen für die Entwicklung des Landes

Dagegen hat sich eine Bewegung von regierungsunabhängigen Organisationen formiert, die an die Volkserhebung gegen die Diktatur in der Zeit von 1983-86 anknüpft. Karina David zeichnete ein brillantes Bild dieser “Option von unten” als “dritten Weg” zwischen dem Militär der Aquino Administration und dem bewaffneten Aufstand der CPP/NPA/NDF.

Insgesamt können 16.000 regierungsunabhängige Organisationen auf den Philippinen identifiziert werden, von denen

jedoch nur die sozialen Entwicklungsorganisationen (SDA) und Basisorganisationen (PO) für Veränderungsprozesse des Landes interessant sind. Die politische Ausrichtung der Organisationen scheidet sich vor allem an ihrem Verhältnis zu Aquino und ihrer Administration.

Ein großer Teil des “Parlaments der Straße” hat auf Cory Aquino als Retter des Landes gesetzt und ist im eigenen Interesse zu Anhängern eines uneingeschränkten Kapitalismus geworden, die sog. GONGOS oder GRINGOS, auch TANGOS wegen ihres Gleichschritts mit der Regierung genannt.

Andere betrachten Frau Aquino als “Partner des Volkes”, persönlich integer, aber vom Militär und von den Machtinteressen der feudalen Familien abhängig, von deren Einfluß sie sich befreien sollte.

Die Linken, vor allem die “dominierende Linke” des Untergrundes, die sich 1986 durch den Wahlboykott selbst ins Abseits manövriert hat, lehnen Frau Aquino kategorisch ab. Für sie ist ihre Machtübernahme lanciert worden und Ausdruck der neokolonialen Strategie der USA (Low Intensity Conflict). Das sind die REN-GOS, so genannt wegen ihres revolutionären Ansatzes.

Und schließlich gibt es ein breites Spektrum von kritischen bürgerlichen Kräften, die Frau Aquino für eine Übergangspräsidentin halten und den “demokratischen Freiraum” für eine gesellschaftliche Veränderung und gegen die Machtfülle der Eliten nutzen möchten. Zu diesen Kräften rechnet sich BISIG und auch Karina David persönlich.

Unter den Organisationen aus diesem Bereich sind in den vergangenen Jahren zehn Dachverbände gebildet worden, von denen sich inzwischen sechs auf eine gemeinsame Plattform (Code of Ethics) geeinigt haben: autonom gegenüber der Regierung; pluralistisch in Ideologie; partizipatorisch im Ansatz und gewaltfrei in der Methode. Für die “dominierende Linke”, die auf “demokratischen Zentralismus” und den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung grundlegender Veränderungen setzt, ist die Plattform zu eng. Inzwischen sind jedoch neue Bündnisse mit größerer Reichweite entstanden, je nach politischer Flexibilität und Offenheit der Mitgliedsorganisationen. Während z.Bsp. im Volkskongreß für Landreform CPAR oder im Komitee für Arbeiterberatung LACC das Spektrum von den “Sozialdemokraten” bis zu den Revolutionären reicht, spielen in der Friedenskoalition CFP die sozialdemokratischen Kräfte eine größere Rolle.

Die größte Schwierigkeit für den Ansatz der sozialen Bewegung von unten besteht in der Zerstörung des demokratischen Freiraums durch das Militär und reaktionäre Kräfte. Die Gesellschaft wird zunehmend in Anti-Kommunisten und Kommunisten polarisiert, vor allem auf dem Lande, wo das Militär und die Warlords uneingeschränkt herrschen. Ein anderes Problem ist die Kooptierung und Erpressung von Initiativen für Programme

der Aufständischenbekämpfung und die Verwendung von Hilfsgeldern zu diesem Zweck unter dem Deckmantel von Entwicklung.

Die Konferenz förderte die ganze Misere des Landes zutage, aber auch die Vielfältigkeit von Kritiken, Analysen und alternativen Lösungsansätzen. Die Gemeinsamkeit der verschiedenen Gruppen und Organisationen erschienen jedoch größer als ihre Differenzen, eine Chance für weiterreichende Bündnisse zur Überwindung der Misere.

Heinz Kotte

Termine

19.-21.1. “Hunger und Landrechte - Menschenrechtsarbeit bei FIAN”. Mit Länderbeispielen Philippinen und Brasilien; Ort: 5905 Freudenberg; Veranstalter: FIAN und Alfred-Nau-Heimvolkshochschule Bergneustadt; Anmeldung: FIAN-Regionalreferent Karl Tißen, Leostr. 13, 4300 Essen 1

26.-28.1. “Melanesische Kunst - Christliche Kunst. Dialog oder Gegensatz?” Veranstalter: Missionskolleg, Missionswerk der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, Hauptstr. 2, 8806 Neuendettelsau

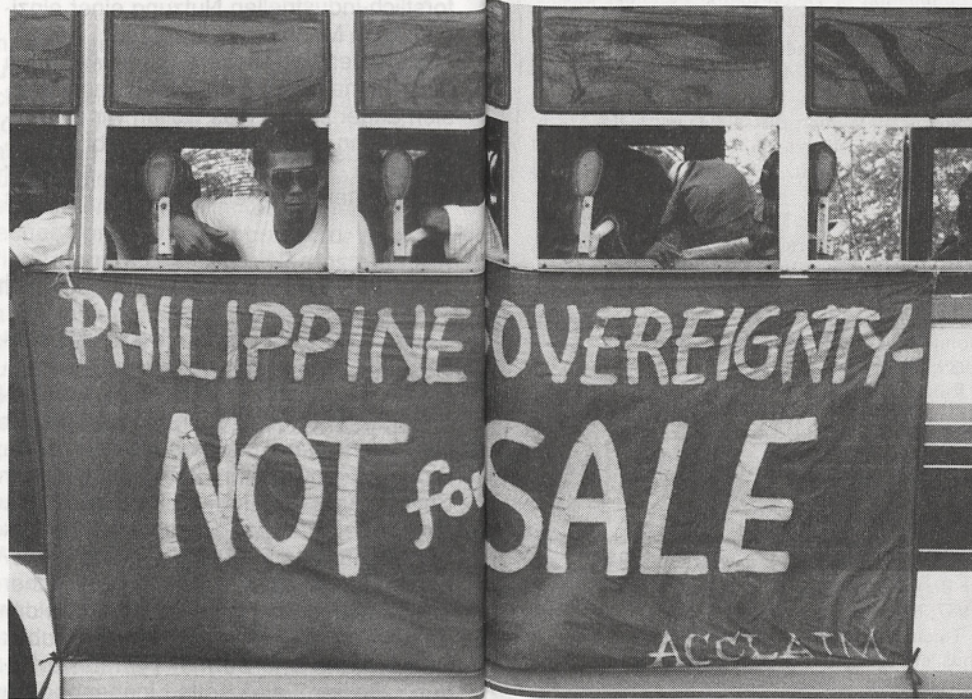
16.-18.3. “Neue Ansätze der 3. Welt-Berichterstattung”; Veranstalterin: Ev. Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum

16.-18.3. “Regenwald und Ökologie in Thailand”; Ort: 2168 Drochtersen; Veranstalter: Thai-Deutscher Dialog; Anmeldung: Hayo Hayunga, BUKO-Agrar-Koordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/292526

26.-30.3. “X. Fernsehworkshop Entwicklungspolitik”; Veranstalterin: Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1

20.-22.4. “Westpapua und Osttimor, zwei Völker kämpfen ums Überleben”; Veranstalter: Missionskolleg Neuendettelsau u. Pazifik-Informationsstelle; Anmeldung: s.u. 26.-28.1.

11.-13.5. “Zur Relevanz des Fremden für unsere Kultur”. Fachtagung; Ort: Nürnberg; Veranstalter: Institut für soziale und kulturelle Arbeit - ISKA u. Kunstpädagogisches Zentrum im Germanischen Nationalmuseum; Anmeldung: ISKA, Untere Krämersgasse 3, 8500 Nürnberg



Philippinische Souveränität - kein Ausverkauf

(Foto: R. Dusik)